

# Gerhard Simon

## Staatskrise in der Ukraine

### Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution

Die Bürgerproteste gegen den Abbruch der Verhandlungen der Regierung mit der EU mündeten nach zwei Monaten in revolutionäre Unruhen und führten zu einer Staatskrise. Die Europa-Vision wurde zur Projektionsfläche der Empörung über korrupte Eliten in Gestalt „der Familie“ des Präsidenten, die das Land ausgebeutet und an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat. Die Opposition errichtete auf dem Kiewer Majdan einen exterritorialen politischen Raum und verteidigte sich gegen Repression und Gewalt. Opposition und Protestbewegung forderten den Rücktritt des Präsidenten sowie freie und faire Wahlen. Die Konsolidierung der autoritären Präsidualherrschaft ist ausgeschlossen. Die Alternative lautet: Diktatur oder demokratischer Neubeginn.

Die Ukraine ist unberechenbar, Politik und Gesellschaft folgen offenbar unvorhersehbaren Pfaden; weder die Akteure selbst noch die Beobachter oder die politikwissenschaftlichen Fachleute sind den Ereignissen gewachsen. Wie konnte es dahin kommen, dass zivilgesellschaftliche Proteste gegen den Abbruch der Assoziierungsverhandlungen mit der EU durch die ukrainische Regierung zu revolutionären Umbrüchen, ja zu einer Staatskrise führten? Solche Proteste der Opposition und der Bürger, die sich durch Präsident Viktor Janukovyč getäuscht und hintergangen sahen, kamen nicht grundlos.

Aber niemand hätte erwartet, dass die Demonstrationen Monate dauern, Hunderttausende auf die Straßen der Hauptstadt Kiew bringen und auf viele andere Regionen der Ukraine übergreifen würden. Mitte Januar starben mehrere Demonstranten durch Polizeigewalt. Die Oppositionsführer riefen die Revolution aus und erklärten die gegenwärtige Staatsgewalt für illegitim. Die autoritäre Präsidualherrschaft, die Janukovyč und seine *Partija rehioniv* (Partei der Regionen) seit der Machtübernahme im Februar 2010 ziemlich erfolgreich errichteten, wird in der bisherigen Form nicht fortbestehen. Sie wird sich entweder durch massive Repressalien und neue, auch blutige

---

**Gerhard Simon** (1937), Dr. phil., Historiker, Pulheim

Von Gerhard Simon erschien zuletzt in OSTEUROPA: Der Kommunismus und die nationale Frage. Die Sowjetunion als Vielvölkerimperium, in: Durchschaut. Der Kommunismus in seiner Epoche. Berlin 2013 [= OE, 5–6/2013], S. 107–124. – Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft in: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. Berlin 2010 [= OE, 2–4/2010], S. 63–76. – List der Geschichte. Perestrojka, Mauerfall und das Ende der UdSSR, in: Freiheit im Blick. 1989 und der Aufbruch in Europa. Berlin 2010 [= OE, 2–3/2009]. – Die Erosion des Postkommunismus. Politische Kultur in der Ukraine im Wandel, in: OE, 10/2007, S. 29–42.

**OSTEUROPA, 64. Jg., 1/2014, S. 25–41**

Gewalt zu einer Diktatur wandeln, oder sie wird zusammenbrechen und einem Neuanfang im Namen demokratischer Reformen Platz machen.

Diese Situation ist für alle Seiten unerwartet, weil nach fast vier Jahren im Amt das Regime Janukovyč konsolidiert schien. Im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 7. Februar 2010 hatte er sich mit 49,5 Prozent der Stimmen über Julija Tymošenko durchgesetzt, die 45,5 Prozent erhielt. Diesen Sieg nutzte er, um einen fundamentalen Umbruch einzuleiten. Zahlreiche Abgeordnete des Parlaments liefen zur *Partei der Regionen* über, bestätigten Mykola Azarov, den Janukovyč vorgeschlagen hatte, als neuen Ministerpräsidenten und stellten so sicher, dass der neue Präsident über eine zuverlässige Mehrheit im Parlament verfügte. In großem Umfang wurden Führungspositionen in Kiew und in den Provinzen – vorab die Gouverneure der Gebiete – mit Janukovyčs Vertrauensleuten besetzt. Nirgendwo gab es den Versuch, „orange“ Politiker einzubinden oder Kompromisse mit ihnen einzugehen. Das politische Klima des Hasses, das schon in den Jahren zuvor zum Markenzeichen der Politik geworden war, triumphierte.

Nach der Exekutive und Legislative ordnete sich das Regime Janukovyč auch die Judikative unter. Gerichte und Richter wurden durch entsprechende institutionelle „Reformen“ an die Exekutive gebunden. Insbesondere das Verfassungsgericht wurde zum Befehlsempfänger der Präsidialadministration. Das fand insbesondere Ausdruck in zwei Urteilen mit Symbolkraft: Am 1. Oktober 2010 verwarf das Verfassungsgericht die Verfassungsänderung vom Dezember 2004, durch welche die Kompetenzen des Präsidenten wesentlich beschnitten und die des Parlaments erweitert worden waren. Seither ist wieder die Verfassung von 1996 in Kraft, die schon Leonid Kučma als Basis zum Aufbau einer autoritären Präsidialherrschaft gedient hatte. Dann wurde am 11. Oktober 2011 die ehemalige Ministerpräsidentin Tymošenko in einem politisch motivierten Prozess zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und damit als Rivalin des Präsidenten ausgeschaltet.

Der Umbruch hatte auch außenpolitische Implikationen. Der Neustart in den Beziehungen zu Russland fand seinen Ausdruck im Abkommen vom 21. April 2010 in Charkiv. Die Ukraine verlängerte die Stationierung der russländischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis zum Jahr 2042. Im Gegenzug erklärte Russland seine Bereitschaft, den Gaspreis um 100 Dollar pro 1000 Kubikmeter zu senken.<sup>1</sup>

Sowohl diese Vereinbarung als auch alle innenpolitischen Schritte zur Konsolidierung des Autoritarismus trafen allenfalls auf sporadischen Widerstand. Die Opposition schien weitgehend gelähmt. Zivilgesellschaftliche Kräfte waren unorganisiert oder unter Schockstarre. Erleichtert wurde die Festigung der Präsidialherrschaft dadurch, dass die Gesellschaft über die vorausgegangene Präsidentschaft Viktor Juščenkos (2005–2010) tief enttäuscht war, denn Strukturreformen zur Festigung der Demokratie waren weitgehend ausgeblieben.

Den Schlusspunkt zur Sicherung der autoritären Präsidialherrschaft bildeten die Parlamentswahlen vom 28. Oktober 2012. Massive Einschränkungen der Opposition während des Wahlkampfes, bei dem der Staatsapparat der regierenden *Partei der Regionen* zur Verfügung stand, Stimmenkauf und Manipulation bei der Stimmenauszählung

<sup>1</sup> Gerhard Simon: Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie, in: Juliane Besters-Dilger, Alois Woldan (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Frankfurt/Main 2011, S. 13–33, hier S. 26–29.

ließen in weiten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung wachsen, dass dieses Regime sich nicht abwählen lassen werde. Damit hielten viele die Hoffnung auf zukünftig faire und freie Wahlen für eine Chimäre. Dies galt umso mehr, als auch Vertreter der Macht wiederholt davon sprachen, man werde sich nicht abwählen lassen.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund der vermeintlich gesicherten autoritären Präsidentialherrschaft war die Protestbewegung, die eine Staatskrise auslöste, umso unerwarteter.

## Absage an die EU und die Folgen

Am 21. November 2013, wenige Tage vor dem Gipfel der EU mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 29. November 2013, brach die ukrainische Regierung die Vorbereitungen zum Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU ab, das seit langem fertig ausgehandelt und paraphiert war. Janukovyč erklärte, er werde in Vilnius nicht unterzeichnen. Jahrelang hatten die EU und Ukraine über das Abkommen verhandelt, für das in letzter Zeit auch in der Ukraine umfangreiche Lobbyarbeit betrieben worden war. Die plötzliche Absage, das Abkommen zu unterzeichnen, löste Irritationen in Brüssel und den anderen Hauptstädten der EU, vor allem aber eine Schockwelle in der Ukraine aus. Dort hatten zahlreiche Ökonomen die großen Chancen für das Land hervorgehoben, wenn Freihandel und ein vertiefter Dialog mit der EU die Ukraine näher an die EU heranführen würden. Jetzt behauptete die Regierung plötzlich, das Assoziierungsabkommen werde der Ukraine im Gegenteil wirtschaftliche Nachteile bringen.

Was hatte Präsident Janukovyč zu dieser vermeintlich plötzlichen Kehrtwendung veranlasst? Hätte die politische Führung vorausgesehen, welchen Volksaufstand diese Entscheidung auslösen würde, hätte sie möglicherweise anders taktiert. Kein Zweifel, Russlands Forderung an alle Länder, an die sich das EU-Programm der Östlichen Partnerschaft richtete, kein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, spielte eine zentrale Rolle. Russland verlangte stattdessen den Beitritt zur Eurasischen Zollunion, die zu einer Wirtschaftsunion werden soll. Während Armenien seine Bereitschaft erklärte, der Zollunion beizutreten, konnte Putin diese Forderung gegenüber der Ukraine nicht durchsetzen, gewährte der Ukraine am 17. Dezember 2013 aber dennoch vertraglich 15 Milliarden Dollar Finanzhilfe und reduzierte den völlig überbeurteilten Gaspreis. Allerdings wurden bis zum Rücktritt der Regierung Azarov am 28. Januar 2014 nur drei Milliarden ausgezahlt, den Rest hielt Russland zunächst zurück.

Trotz des offensichtlichen Drucks aus Moskau kann das Janukovyč-Regime nicht als Opfer gelten. Im Gegenteil sind Zweifel angebracht, wie aufrichtig und nachdrücklich die ukrainische Führung das Abkommen wollte. So spielte sie das ganze Jahr 2013 auf Zeit und verschleppte die durchaus erfüllbaren Bedingungen der EU. Bis zuletzt ließ die ukrainische Führung offen, ob sie auf manche Bedingungen überhaupt eingehen und etwa Julija Tymoschenko zur medizinischen Behandlung nach Berlin entlassen würde.

Was die politische Weltanschauung, das Wertesystem und die gemeinsame sowjetische Sozialisation betrifft, so steht die ukrainische Führung um Janukovyč dem Regime Putin natürlich viel näher als der politischen Kultur des Westens. In der *Partei der*

<sup>2</sup> Katerina Malygina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowjtsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: *Ukraine-Analysen*, 109/2012, S. 2–5.

Regionen gibt es nicht wenige Bewunderer des belarussischen Autokraten Aljaksandr Lukašenka. Deshalb bestehen bei den jetzt Regierenden erhebliche Vorbehalte gegen eine umfassende Assoziierung mit der EU, die eben mehr sein soll als verbesserte Wirtschaftsbeziehungen. Sie soll den Rechtsstaat und Transparenz fördern sowie Korruption bekämpfen. Die Clans mit und um Janukovyč sind jedoch gerade auf korrupte Netzwerke angewiesen.

Welche politische Kultur die jetzige Führung prägt, zeigten schlaglichtartig die sogenannten „Diktaturgesetze“, die das Parlament am 16. Januar verabschiedete. Wären sie umgesetzt worden, hätten sie die Ukraine in eine Variante von Belarus verwandelt. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Absage des ukrainischen Präsidenten an die EU nicht bloß auf taktische Winkelzüge und Druck aus Moskau zurückzuführen ist. Dahinter steht auch ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen eine politische Kultur, die durch Kompromisse und die Einbeziehung des politischen Gegners in die Zukunftsgestaltung geprägt ist.

Spätestens seit dem Volksaufstand nach dem 21. November ist klar, dass die Annäherung an die EU auf Zustimmung bei sehr vielen Menschen trifft. Sie ist zu einer Projektionsfläche für die Ablehnung und den Protest gegen das herrschende System geworden. Mit der Annäherung an Westeuropa verbinden viele Menschen die Vision von einer besseren Ukraine und einem Leben in Würde. Umfragen bestätigen, dass inzwischen eine Mehrheit der Ukrainer die Zukunft in der EU sieht, allerdings hat ein Teil der Bevölkerung nach wie vor Vorbehalte. Bei einer Umfrage im November 2013 vor Beginn der Protestdemonstrationen sprachen sich 58 Prozent für den Beitritt der Ukraine zur EU aus, 31 Prozent waren dagegen, ein Jahr zuvor lag die Zustimmungsrate sechs Prozent niedriger. Die Ablehnungsrate stieg hingegen nur um zwei Prozent. Auch im Süden und Osten des Landes, die traditionell nach Russland orientiert sind, sprachen sich 50 Prozent der Befragten für den Beitritt zur EU aus, im Westen und im Zentrum waren es 69 Prozent. Die Hälfte der Befragten erwartete von einer Mitgliedschaft wirtschaftliches Wachstum, ein Drittel die Stärkung der Demokratie und der Meinungsfreiheit.<sup>3</sup>

Eine klare Bevölkerungsmehrheit zog die Assoziierung mit der EU einem Beitritt zur Zollunion mit Russland vor. Das zeigte eine andere Befragung, die im Oktober 2013 durchgeführt wurde. Danach sprachen sich 45 Prozent der Befragten für die Assoziierung mit der EU aus und nur 14 Prozent für den Beitritt zur Zollunion. Nur im Süden war der Anteil der Anhänger der Zollunion und der EU etwa gleich. In allen anderen Regionen des Landes überwog eindeutig die Präferenz für eine Assoziierung mit der EU.<sup>4</sup>

Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass der Autoritarismus in der Gesellschaft nach wie vor Rückhalt hat. Zwar sagten in einer Untersuchung im Dezember 2013 51 Prozent der Befragten, die Demokratie sei die beste Staatsform für die Ukraine, aber 20 Prozent gaben einem autoritären System den Vorzug. Im Osten waren Befürworter und Gegner beider Regime etwa gleichauf, im Westen traten 77 Prozent für die Demokratie ein.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Na Schodi ta Pivdni krajini 50% ukrajincev za vstup do ES, in: Jevropejs'ka pravda, 18.11.2013, <[www.pravda.com.ua/news/2013/11/18/7002362/](http://www.pravda.com.ua/news/2013/11/18/7002362/)>.

<sup>4</sup> Za Jevropejs'kij sojuz vystupajut' 45% ukrajinciv, in: Jevropejs'ka pravda, 12.11.2013, <[www.pravda.com.ua/news/2013/11/12/7001953/](http://www.pravda.com.ua/news/2013/11/12/7001953/)>.

<sup>5</sup> 20% ukrajinciv chočut' žity pry dyktaturi, in: Ukrajins'ka pravda, 21.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/21/7010505/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/21/7010505/)>.

Unmittelbar nachdem die Absage der Regierung an die EU bekannt geworden war, begannen am 21. November 2013 spontane Proteste in Kiew und anderen Städten, organisiert durch Aufrufe in den sozialen Netzwerken. Oppositionspolitiker spielten zunächst keine Rolle. Am Sonntag, den 24. November kamen 100 000 Menschen in die Kiewer Innenstadt zum Meeting für die „Europäische Ukraine!“. Es entstand das, was seither der Euro-Majdan heißt.<sup>6</sup> Der *Majdan Nezaležnosti* (Unabhängigkeitsplatz) und die angrenzenden Straßen und Plätze blieben der zentrale Ort der Volksbewegung, wie es während der Orangen Revolution im November/Dezember 2004 gewesen war.<sup>7</sup> Die meisten Einwohner von Kiew sind heute wie damals Gegner der Janukovyč-Führung. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2012 erhielt die *Partei der Regionen* hier nur 13 Prozent der Stimmen, alle 13 Mehrheitswahlkreise gingen an die Oppositionsparteien.<sup>8</sup>

Zwar mobilisierten die Protestdemonstrationen von Anfang an eine für alle unerwartet große Zahl von Menschen, aber daraus wäre nicht die revolutionäre Volksbewegung geworden, wenn die Macht angemessen reagiert und mit den Demonstranten den Dialog gesucht hätte. Tatsächlich reagierte die Regierung in sowjetischer Manier. Sie setzte Gewalt und Repressalien ein. Als diese erfolglos blieben, versuchte sie, die Protestbewegung zu ignorieren. Der Präsident reiste vom 3. bis 6. Dezember zu einem Staatsbesuch nach China. Erst dieses Verhalten der Janukovyč-Führung bewirkte, dass sich immer mehr Menschen dem Euro-Majdan anschlossen, dass die Bewegung schließlich große Teile des Landes erfasste und die Menschen auch bei Temperaturen von minus 20 Grad nicht auseinander gingen.

## Die Demonstrationen der Hunderttausenden

In der Nacht vom 29. auf den 30. November erhielt die Sonderpolizei-Einheit *Berkut* den Befehl, den *Majdan Nezaležnosti*, wo einige hundert Jugendliche als Demonstranten ausharrten, zu räumen. Der Polizeieinsatz wurde mit äußerster Brutalität durchgeführt, es gab viele Verletzte und zahlreiche Festnahmen. Erst diese Polizeigewalt, die rasch über die sozialen Netzwerke und konventionelle Medien überall bekannt wurde, machte aus der Demonstration für Europa eine allgemeine Protestbewegung gegen das Janukovyč-Regime. Am Sonntag, den 1. Dezember, kamen mehrere hunderttausend Menschen in die Kiewer Innenstadt und forderten den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung sowie vorzeitige Neuwahlen. Auch die Rufe „Revolution“ und „Generalstreik“ waren zu hören. Danach fanden an jedem Sonntag „Volksversammlungen“ (*Narodne Viče*) als höchstes Organ der improvisierten direkten Demokratie statt. In der Neujahrsnacht sangen eine halbe Million Menschen auf dem Majdan die ukrainische Nationalhymne.

Beflügelt durch Hunderttausende von Demonstranten und unter dem Eindruck der – wie bald klar wurde, falschen – Gerüchte, dass die Fraktion der regierenden *Partei*

<sup>6</sup> Jevromajdan, 24 listopada, in: *Ukrajins'ka pravda*, 24.11.2013, <[ukr1.pravda.com.ua/photo-video/2013/11/24/7002939/static\\_1/?attempt=1](http://ukr1.pravda.com.ua/photo-video/2013/11/24/7002939/static_1/?attempt=1)>.

<sup>7</sup> Zur Orangen Revolution siehe den Schwerpunkt Ukraine: Revolution in Orange: Analysen, Hintergründe, Prognosen, in: *OSTEUROPA*, 1/2005, S. 3–76.

<sup>8</sup> Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2012, in: *Ukraine-Analysen*, 109/2012, S. 9–11.

der Regionen im Parlament zerfalle, stellten die Oppositionsparteien in der *Verchovna Rada* einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Azarov. Der Antrag scheiterte. Lediglich 186 Abgeordnete unterstützten am 3. Dezember das Misstrauensvotum; 226 – die absolute Mehrheit – wären erforderlich gewesen.<sup>9</sup>

Noch ein zweites Mal, in den Morgenstunden des 11. Dezember, versuchte die Polizei erfolglos, den Majdan gewaltsam zu räumen, und stieß dabei auf gut organisierten Widerstand von Wachmannschaften. Insgesamt blieben die Demonstrationen danach bis Mitte Januar friedlich. Es gelang der Staatsmacht weder durch massiven Polizeieinsatz noch durch gezielte Provokationen von bezahlten Schlägern in Zivilkleidung, den sogenannten *Tituški*, den Majdan zu räumen oder die sonntäglichen Massendemonstrationen zu unterbinden. Insofern zwang der Majdan die Staatsmacht zum Gewaltverzicht und zur politischen Auseinandersetzung. Die Regierung anerkannte das in dieser Phase insoweit, als sie sich nachträglich vom Polizeieinsatz am 29./30. November distanzierte; einige nachgeordnete Beamte mussten gehen. Allerdings wurden weder der verantwortliche Innenminister noch der Ministerpräsident zur Verantwortung gezogen; keiner der Polizisten-Schläger kam vor Gericht.

Was motivierte die Menschen, trotz des Winters in zuvor unvorstellbar großer Zahl zu Demonstrationen auf den Majdan zu kommen? Diese Protestbewegung ist nach Umfang, Organisiertheit und inhaltlicher Reichweite die größte im Osten Europas, sie stellt alles in den Schatten, was sich in der Wendezeit, während der Orangen Revolution oder nach den gefälschten Wahlen zur Staatsduma in Russland im Winter 2011/2012 an Massenprotesten ereignet hatte. Gerade weil die Protestbewegung sich mit ihren Hauptforderungen – Rücktritt von Janukovyč und Neuwahlen – bis Anfang Februar 2014 nicht durchsetzte, wich sie nicht. Aber die Menschen auf dem Majdan sind durch mehr motiviert als durch konkrete politische Forderungen. Sie kämpfen für eine andere, eine bessere Ukraine.<sup>10</sup> Insofern hat der Majdan durchaus eine moralische Dimension.

Mit „Europa“ verbinden die Menschen in der Ukraine die Vision von Rechtsstaat, Pressefreiheit und Demokratie. Die gegenwärtige Staatsmacht betrieb in den zurückliegenden vier Jahren nicht nur systematisch Demokratieabbau. Korruption und schamlose Bereicherung der „Familie“ des Präsidenten und der mit ihm verbundenen Oligarchen-Clans sprengten auch für ukrainische Verhältnisse jedes Maß, zumal viele der korrupten Verbindungen durch investigative Journalisten an die Öffentlichkeit gelangten.<sup>11</sup> Die Menschen gehen auf den Majdan, weil es keine anderen Institutionen und Wege gibt, um für eine bessere Ukraine zu kämpfen, denn die Ukrainer haben den Glauben an freie und faire Wahlen verloren.

## Der Majdan organisiert sich

Während die Großdemonstrationen im November/Dezember 2004 eine lange Vorlaufzeit hatten und gut vorbereitet waren, kam die Bewegung des Euro-Majdan überraschend. Niemand hatte damit gerechnet. Im Lauf des Dezembers 2013 aber entwi-

<sup>9</sup> Rada provalyla vidstavku Azarova, in: *Jevropejs'ka pravda*, 3.12.2013, <[www.pravda.com.ua/news/2013/12/3/7004590/](http://www.pravda.com.ua/news/2013/12/3/7004590/)>.

<sup>10</sup> Mykola Rjabtschuk: Zerstörte Illusionen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 1.2.2014.

<sup>11</sup> Tetjana Čornovol: Putin z Janukovičem – 100% deryban Ukrajinu, in: *Ukrajins'ka pravda*, Blogy, 13.12.2013, <[blogs.pravda.com.ua/authors/chornovol/52aa4a5a5c67a/](http://blogs.pravda.com.ua/authors/chornovol/52aa4a5a5c67a/)>.

ckelte der Euro-Majdan Organisationsstrukturen, die auch langfristig Bestand haben können und weit über die Strukturen hinausgehen, die während der Orangen Revolution entstanden. Das Territorium des Euro-Majdan in Kiew umfasst einen erheblichen Teil der Innenstadt, wo staatliche Organe, insbesondere die Polizei, de facto keine Kontrolle haben. Doch der Majdan setzte sich nicht an die Stelle des Staates und seiner Organe, war also trotz manchmal anders lautender Selbstdarstellung bis Mitte Januar nicht revolutionär.

Dagegen baute der Majdan für die Tausenden mehr oder weniger ständig anwesenden Demonstranten ein System der Selbstversorgung auf, das ein hohes Maß an Unabhängigkeit garantierte. Es entstand eine vor allem auf Spenden sich gründende Eigenversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Zelten, Brennmaterial. Dazu kam die eigene medizinische Versorgung, nicht zuletzt für verletzte Demonstranten. Der Majdan besetzte einige große Gebäude im Stadtzentrum für den eigenen Bedarf, insbesondere das Gewerkschaftshaus am *Majdan Nezaležnosti*, das Hauptgebäude der Stadtverwaltung und das Ausstellungszentrum am Europaplatz (Ukrainisches Haus); für einige besetzte Gebäude wurden Mietverträge abgeschlossen. Das Territorium des Majdan, das inzwischen weit über den Unabhängigkeitsplatz hinausreicht, ist allseits durch Barrikaden gegen Überraschungsangriffe der Polizei gesichert. Die gesamte Organisation wurde von dem „Kommandanten“ Andrij Parubij geleitet. Spenden zur Finanzierung des Majdan flossen offenbar ausreichend, zumal einige ukrainische Großunternehmen sich auch finanziell engagierten. Selbstverständlich behaupteten die Gegner im Land und vor allem in Russland von Anfang an, die ganze Aktion Majdan sei vom Westen, insbesondere von den USA, finanziert und gesteuert. Belastbare Beweise dafür gab es nicht.

Die Protestbewegung Majdan besteht aus zwei Flügeln, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Bürgern einerseits und politischen Parteien auf der anderen Seite. Die Zusammenarbeit ist nicht immer spannungsfrei. An der Spitze steht der „Stab des Nationalen Widerstands“ (Štab nacional'nogo sprotivu). Die Basis bildet die sonntägliche „Volksversammlung“ als Beschlussgremium. Ihr gegenüber legen die Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft Rechenschaft ab. Diese basisdemokratischen Elemente verkörpern nach dem Willen der Majdan-Bewegung den Kern einer neuen und besseren Demokratie, die an die Stelle der korrupten Präsidentialherrschaft treten soll.

Die politischen Parteien werden von den Führern der drei im Parlament vertretenen Oppositionsparteien repräsentiert: Arsenij Jacenjuk von *Bat'kyvčšina* (Vaterland), Vitalij Klyčko von UDAR (Schlag) und Oleh Tjahnybok von *Svoboda* (Freiheit). Das Trio gilt als die authentische politische Stimme des Majdan, obwohl die drei nach politischer Weltanschauung und taktischem Kalkül durchaus verschieden sind. In der angespannten Krisen- und Bedrohungssituation agierten sie aber im Konsens. Neben den Parteiführern profilierten sich weitere Politiker auf dem Majdan als Alternative zur derzeitigen Regierung, insbesondere Jurij Lucenko, der unter Ministerpräsidentin Tymošenko Innenminister gewesen war und unter Präsident Janukovyč bis April 2013 im Gefängnis gesessen hatte. Er gründete eine neue politische Bewegung, *Tretja Ukrajins'kja Respublika* (Dritte Ukrainische Republik). Petro Porošenko, Oligarch, zwischen 2004 und 2010 Politiker in leitenden Ämtern, seit 2012 unabhängiger Parlamentsabgeordneter, gehört ebenso zum politischen Führungskreis auf dem Majdan.

Je länger die Protestbewegung aktiv war, desto stärker profilierten die zivilgesellschaftlichen Gruppen auf dem Majdan ihre politischen, meist radikalen Positionen und nahmen damit wachsenden Einfluss auf die Bewegung.

Die Opposition fasste mehrfach gemeinsame Grundsatzbeschlüsse, so Anfang Dezember einen „Arbeitsplan der Teilnehmer des Majdan“<sup>12</sup> und ein „Programm-Manifest“,<sup>13</sup> das die „Volksversammlung“ am 29. Dezember annahm. Darin bekennt sich die Volksversammlung zu den „europäischen Werten“, fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen, den Rücktritt der Regierung Azarov und die vorgezogene Neuwahl des Parlaments sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der EU. Darüber hinaus fordert das Programm-Manifest die Bildung einer *Vseukrajins'ke ob'jednannja „Majdan“* (Gesamtukrainischen Vereinigung „Majdan“) und somit die Erweiterung der Majdan-Bewegung auf das ganze Land.

Zwar hatte es auch zuvor schon Euro-Majdan-Demonstrationen in vielen Städten, auch in den Großstädten am Dnipro und sogar in Luhans'k und Donec'k gegeben. Jetzt aber sollte die Bewegung für eine andere Ukraine verstetigt werden und überall im Land organisatorisch präsent sein. Mit einem Minimum an bürokratischem Aufwand sollte die Selbstorganisation der Bürger in örtlichen und regionalen Zweigstellen die Zivilgesellschaft repräsentieren, denn die Vereinigung *Majdan* sollte ausdrücklich überparteilich sein. Das Leitungsorgan war die *Rada* der Vereinigung *Majdan* auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Zwar legten die örtlichen Behörden im Osten der Organisation vielfach Widerstände in den Weg, dennoch konnte am 1. Februar 2014 in Kiew das erste „Außerordentliche Forum der Euro-Majdan-Aktivistinnen“ mit 101 Delegierten von 56 Euro-Majdan-Plätzen und Bürgerforen stattfinden.<sup>14</sup>

Eine besondere Form des Protestes entstand mit dem Auto-Majdan. Aktivistinnen taten sich zusammen und blockierten mit ihren Privatautos die Paläste und Villen prominenter Vertreter der Regierung, allen voran Präsident Janukovyčs schlossartiges Anwesen Mežyhir'ja bei Kiew. Damit sollte der abstoßend protzige Lebensstil der Führung in einem armen Land angeprangert werden. Diese Form des Protestes erregte bei den Mächtigen offenbar besondere Wut und Rachebedürfnisse. Dmytro Bulatov, einer der Anführer des Auto-Majdan, wurde von Unbekannten verschleppt, gefoltert, zu falschen Aussagen erpresst und am 30. Januar halbtot in einem Dorf abgesetzt.<sup>15</sup> Die Videos mit seinen Aussagen nach der Freilassung erregten weltweit Empörung.

Im zivilgesellschaftlichen Teil des Euro-Majdan war eine große Anzahl von Organisationen, Gruppen und Vereinigungen tätig, die nur begrenzt vom *Stab des Nationalen Widerstandes* kontrolliert wurden. Je länger sie hingehalten wurden, desto ungeduldiger drängten sie auf eigene, meist radikale Aktionen. Dazu gehörten die Gruppe *Spil'na sprava* (Gemeinsame Sache), die zeitweise das Gebäude des Justizministeriums besetzte, und *Pravij sektor* (Rechter Sektor), der erstmals am 19. Januar 2014 Gewalt für und im Namen des Majdan anwendete. Der „Rechte Sektor“ ist ein auf dem Majdan

<sup>12</sup> Oppozicija obnarodovala „Plan dejstvij učastnikov Majdana“ v pjati častjach, in: Novaja gazeta, 6.12.2013, <[www.novayagazeta.ru/news/199307.html?print=1](http://www.novayagazeta.ru/news/199307.html?print=1)>.

<sup>13</sup> Na Majdane prinjat „programmnyj manifest“, in: Obkom, 29.12.2013, <[obkom.net.ua/news/2013-12-29/1411.shtml](http://obkom.net.ua/news/2013-12-29/1411.shtml)>.

<sup>14</sup> Forum jevromajdaniv – oficijna oposicija. Krašče pizno, niž . . . , in: Ukrajins'ka pravda, Blogy, 2.2.2014, <[blogs.pravda.com.ua/authors/matvienko/52ee5a017e575/](http://blogs.pravda.com.ua/authors/matvienko/52ee5a017e575/)>.

<sup>15</sup> Bulatov rozpoviv podrobyci jogo vykradennja, in: Ukrajins'ka pravda, 6.2.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/02/6/7012941/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/02/6/7012941/)>.



entstandener Zusammenschluss von radikalen nationalen ukrainischen Organisationen, die teilweise seit zwei Jahrzehnten existieren und sich in der Tradition des nationalen Kampfes der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts sehen.<sup>16</sup> Sie idealisieren Stepan Bandera und den Partisanenkampf der Ukrainische Aufstandsarmee (Ukrajins'ka Povstans'ka Armija; UPA) gegen die Polen, die Wehrmacht und die Sowjets bis in die 1950er Jahre. Sie sind nicht identisch mit der national-ukrainischen Partei *Svoboda* von Oleh Tjahnybok, der zum engen Führungskreis des Euro-Majdan gehört.

Die Beteiligung nationaler und radikal-nationaler Gruppen war für die Gegner des Majdan in der Ukraine, vor allem aber in Russland und teilweise auch im Westen Anlass, den Euro-Majdan als nationalistisch, faschistisch und antisemitisch zu diffamieren.<sup>17</sup> Gegen den Antisemitismusvorwurf verwarnten sich jüdische Stimmen direkt vom Majdan.<sup>18</sup> Zugleich machten Kiewer Juden auf die ungezügelte antisemitische Propaganda in Netzwerken der Sonderpolizei *Berkut* aufmerksam.<sup>19</sup>

Während Antisemitismus auf dem Majdan nur als Hirngespinnst der Gegner existiert, ist nationale ukrainische Rhetorik durchaus gegenwärtig. Die ukrainische Identität wird gestärkt aus der Majdan-Bewegung hervorgehen, die in gewisser Hinsicht eine nachholende nationale Bewegung ist. Sie ist vergleichbar mit den antikommunistischen Bewegungen der Wendezeit in Polen oder in den baltischen Staaten, wo überall der Ethnonationalismus erheblich zur Mobilisierung beitrug.

Aber für das ukrainische nationale Bewusstsein gilt ebenso wie für Ostmitteleuropa in den späten 1980er Jahren: Der Ethnonationalismus ist keine Bremse, sondern im Gegenteil Ansporn für die Integration in das größere Europa. Schließlich löste gerade die Weigerung von Janukovyč, die EU-Integration voranzubringen, die Majdan-Bewegung aus. Außerdem hat radikal-nationale Rhetorik in der Ukraine nur eine begrenzte Reichweite: Nach einer Umfrage im Januar 2014 würde bei einer Präsidentenwahl am nächsten Sonntag Tjahnybok im ersten Wahlgang lediglich 3,6 Prozent der Stimmen bekommen.<sup>20</sup>

## Die „Diktatur“-Gesetze vom 16. Januar, Gewalt, Revolution

Von Beginn der Proteste bis Mitte Januar weigerte sich Präsident Janukovyč, der Majdan-Bewegung substantiell entgegenzukommen oder auch nur ernsthafte Gespräche mit Repräsentanten zu führen. Diese schwer nachzuvollziehende Hartleibigkeit steht in deutlichem Gegensatz zur flexiblen Politik von Präsident Kučma während der Orangen Revolution im Dezember 2004. Die politische Führung, die offenbar davon

<sup>16</sup> Lider Pravogo sektoru Dmytro Jaroš: Koli 80% krajini ne pidtrymuje vladu, gromadjans'koj vijny buty ne može, in: *Ukrajins'ka pravda*, 4.2.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012683/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012683/)>.

<sup>17</sup> Prorosijs'ka mereža za laštunkami kampaniji antyukrajins'kogo naklepu, in: *Ukrajins'ka pravda*, 4.2.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012704/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012704/)>.

<sup>18</sup> Jevrejskie vpečatlenija ot Majdana, in: *Ukrajins'ka pravda*, Blogy, 5.2.2014, <[blogs.pravda.com.ua/authors/roytburd/52f23ca3d5800/](http://blogs.pravda.com.ua/authors/roytburd/52f23ca3d5800/)>.

<sup>19</sup> Jevreji obureni antysemits'koju politinformacieju „Berkutu“, in: *Ukrajins'ka pravda*, 25.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/25/7011293/view\\_print/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/25/7011293/view_print/)>.

<sup>20</sup> U trijci lideriv kandydativ u presydeny stalasja zmina, in: *Ukrajins'ka pravda*, 31.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/31/7012257/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/31/7012257/)>.

ausging, mit dem Anbruch des Winters werde sich die Protestbewegung von allein auflösen, trug mit dieser Sturheit entscheidend zur Radikalisierung bei. Mitte Januar wiederholte sie noch einmal den früheren Fehler und brachte diesmal das Fass zum Überlaufen: Repressalien führten zu Gegengewalt, zu einer massiven Ausweitung und Verstärkung der Euro-Majdan-Bewegung, statt sie zu schwächen oder aufzulösen. Unruhen, Massenbewegungen, Streiks hatte es in der postkommunistischen Ukraine auch vor 2004 schon mehrfach gegeben. Aber kein Präsident und keine Regierung hatte je so unflexibel reagiert, keine der Unruhen in früheren Jahren hatte zu einem revolutionären Umbruch geführt wie die jetzigen.

Am 16. Januar verabschiedete das Parlament unter tumultuarischen Umständen ohne Aussprache und unter Verletzung aller parlamentarischen Regeln – viele Abgeordnete kannten die Vorlagen im Wortlaut gar nicht – neun Gesetze. Die Opposition, die an der Abstimmung nicht teilnahm, bezeichnete sie sofort als „Diktatur“-Gesetze.<sup>21</sup>

Die Gesetze schränkten die Pressefreiheit, die Freiheit im Internet und die Demonstrationsfreiheit massiv ein. Der neu eingeführte Tatbestand der Verleumdung war mit jahrelangen Haftstrafen bewehrt. Organisationen, die vom Ausland unterstützt wurden, mussten sich als „ausländische Agenten“ deklarieren. Zahlreiche Bestimmungen folgten eindeutig dem Vorbild aus Russland. Während es in Russland mehrere Jahre gedauert hatte, die Unterdrückung der Zivilgesellschaft gesetzlich festzuschreiben, erledigte das die *Verchovna Rada* an einem Tag. Am selben Tag verabschiedete sie noch den Haushalt für 2014 – ebenfalls ohne Aussprache. Die Umsetzung der Gesetze – Janukovyč unterzeichnete sie noch am gleichen Tag – hätte die sofortige gewaltsame Räumung des Majdan möglich gemacht, was die Demonstranten erwarteten und worauf sie sich vorbereiteten. Selbstverständlich lag der Verdacht nahe, die Gesetze zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft seien der Preis für den 15-Milliarden Dollar-Kredit gewesen, den Putin am 17. Dezember gewährt hatte.

Der Euro-Majdan reagierte massiv und drastisch. Zur „Volksversammlung“ am 19. Januar kamen zwischen 100 000 und 200 000 Menschen, nachdem sich am Sonntag zuvor „nur“ einige Zehntausend auf dem Majdan versammelt hatten. Regierung, Präsident und Parlament hätten mit den Gesetzen vom 16. Januar den Boden der Verfassung verlassen, erklärten die Führer der Oppositionsparteien. Sie seien damit nicht mehr legitim. Die Volksbewegung Majdan rief dazu auf, eine „Volks-Rada“ anstelle der *Verchovna Rada* zu bilden. Zu ihr gehörten die Abgeordneten der Oppositionsparteien und alle Abgeordneten des alten Parlaments, die sich zur Majdan-Bewegung bekannten und nicht für die Gesetze vom 16. Januar gestimmt hatten. Volks-Rada-Parlamente sollten auch in den Gebieten und Städten nach gleichem Muster gebildet werden. Die Volks-Rada werde eine neue Regierung, die „Volks-Regierung“ bilden, die die Ukraine in die EU führen werde.

Außerdem verkündete Jacenjuk den Beginn eines Verfahrens zur Annahme einer neuen Verfassung, wozu „Verfassungsversammlungen“ zusammentreten sollten. Ein erster Schritt sei die Rückkehr zur Verfassung von 2004. Sie hatte die Ukraine auf den Weg zu einer parlamentarischen Republik geführt und die Macht des Präsidenten wesentlich beschnitten. Schließlich riefen die Führer des Majdan „alle Organe der örtlichen Selbstverwaltung“ auf, in der Hauptstadt und überall im Lande Selbstverteidigungs-

<sup>21</sup> U mežigor’ja dub zelenyj . . . Zlataja zep’ . . . Zlodej Koščej . . . Zdes’ Rus’ju pachnet, in: Ukrainjins’ka pravda, Blogy, 16.1.2014, <blogs.pravda.com.ua/authors/medvedev/52d7f79c0893b/>.

einheiten aufzustellen. Diese „Einheiten der Selbstverteidigung des Volkes“ sollten „den Kampf gegen das Verbrechen und die Korruption“ aufnehmen und der Polizeiwillkür Einhalt gebieten.<sup>22</sup> Zugleich forderte Klyčko in seiner Ansprache die Polizei auf, auf die Seite der Demonstranten, des Volkes, überzutreten, und er rief vorgezogene Neuwahlen des Präsidenten aus.<sup>23</sup>

Mit diesen revolutionären Deklarationen und Aktionen erreichte die Majdan-Bewegung eine neue Qualität. Allerdings kam es nicht zu einem vollständigen Bruch mit dem Regime Janukovyč, denn die Opposition arbeitete weiter im Parlament mit und führte Gespräche mit dem Präsidenten, zu denen er sich nun erstmals bereit fand.

Am Abend des 19. Januar kam es zum ersten Mal zu Gewaltanwendung auch von Seiten der Demonstranten, als unter Führung des „Rechten Sektors“ einige Aktivisten versuchten, zum Regierungsviertel vorzudringen, und von *Berkut*-Einheiten daran gehindert wurden. Es gab Verletzte auf beiden Seiten sowie zahlreiche Festnahmen. In den nächsten Tagen tobten Straßenschlachten in Kiew, vor allem auf der Hruševs'kij Straße zwischen Europaplatz und Dynamo-Stadion. Die Polizei setzte Gummigeschosse und scharfe Munition ein, die Demonstranten warfen Steine und Molotowcocktails.<sup>24</sup> Am Morgen des 22. Januar gab es die ersten Todesopfer unter den Demonstranten. Hinzu kamen Hunderte von Verhafteten und Dutzende entführter Demonstranten sowie zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten.<sup>25</sup> Die Gesamtzahl der Opfer von Repressalien seit Beginn der Demonstrationen Ende November gab der Euro-Majdan am 3. Februar mit 1739 Personen an – ohne die Verletzten auf Seiten der Polizei –, davon vier Todesopfer und 35 zu diesem Zeitpunkt Vermisste.<sup>26</sup> Niemals zuvor hatte es in Kiew nach dem Zweiten Weltkrieg solche bürgerkriegsähnlichen Zustände gegeben.

Die „Diktatur“- Gesetze führten nicht nur zu Radikalisierung und Gewalt im Zentrum, sondern jetzt griff die revolutionäre Bewegung auf große Teile des Landes über. Der Bürgermeister von Lemberg, Andrij Sadovyj, erklärte am 22. Januar: „In Lemberg wird niemand diese Gesetze anwenden.“<sup>27</sup> In der Woche nach dem 19. Januar und dem Aufruf des Euro-Majdan zur Revolution kam es in fast allen Gebieten der Ukraine zu Massenprotesten gegen die zentrale und lokale Regierung. In vielen Gebieten wurden die Gebäude der Gebietsverwaltung gestürmt, in manchen Fällen verhinderte das die Polizei. Vielfach bildeten die Demonstranten eine Volks-Rada anstelle des Gebietsparlaments; die vom Präsidenten eingesetzten Gouverneure (Vorsitzende der Gebietsverwaltung) wurden zum Rücktritt gedrängt. Die Demonstranten begannen, Einheiten der Selbstverteidigung aufzustellen.

<sup>22</sup> Plan dij vid opozycji: Narodna rada, vidstavka Janukovyča i nova Konstytucija, in: *Ukrajins'ka pravda*, 19.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009930/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009930/)>.

<sup>23</sup> Klyčko: my ogoľušemo dostrokovi vybory presidenta, in: *Ukrajins'ka pravda*, 19.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009929/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009929/)>.

<sup>24</sup> Die Nacht, die den Protest veränderte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.1.2014.

<sup>25</sup> 22 sičnja. Den' sobornosti. Perši žertvy, in: *Ukrajins'ka pravda*, 23.1.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/01/23/7010202/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/01/23/7010202/)>.

<sup>26</sup> Žertvamy represij staly 1739 ljudej-majdanivci, in: *Ukrajins'ka pravda*, 3.2.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/02/3/7012511/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/02/3/7012511/)>.

<sup>27</sup> U L'vovi vidmovljajut'sja vykonuvaty „dyktators'ki zakony“, in: *Ukrajins'ka pravda*, 22.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010828/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010828/)>.

Nach einer Woche befanden sich in zehn von 25 Gebieten die Gebietsverwaltungen unter der Kontrolle der Protestbewegung: in Lemberg, Ivano-Frankivs'k, Luc'k, Černivci, Ternopil', Chmel'nyc'kyj, Rivne, Vinnyčja, Žytomyr und Poltava. In vier Gebietshauptstädten (Dnipropetrovs'k, Zaporizžja, Černihiv und Cherson) wurden die Gebietsverwaltungen blockiert, die Demonstranten versuchten vergeblich, sie zu stürmen. In Sumy und Čerkasy gelang es den Demonstranten nur vorübergehend, die Gebäude der Gebietsverwaltungen zu besetzen. Massenproteste fanden außerdem in den Gebieten Odesa, Mykolaiv, Charkiv und Luhans'k statt.<sup>28</sup>

In Lemberg löste sich die in Kiew regierende *Partei der Regionen* praktisch selbst auf. In einigen anderen Regionen verboten die revolutionären Gebietsparlamente die Tätigkeit der *Partei der Regionen* und der *Kommunistischen Partei*.<sup>29</sup> In einigen Städten im Westen blockierten Demonstranten Kasernen und verhinderten so, dass Polizeieinheiten nach Kiew verlegt wurden. Es kam zu Fraternisierungen zwischen Polizei und Demonstranten. Das Janukovyč-Regime verlor so Ende Januar die Kontrolle über mindestens ein Drittel des Landes.

Zum ersten Mal wich die Janukovyč-Führung zurück, nachdem deutlich geworden war, dass der Majdan zur Selbstverteidigung auch Gewalt einsetzte. Damit war eine Polizeiaktion zur Beendigung der Protestbewegung unmöglich geworden. Die Regierung stand jetzt vor dem Dilemma, nachzugeben oder den Ausnahmezustand zu erklären, schwere Waffen einzusetzen und eine große Zahl von Opfern auf beiden Seiten in Kauf zu nehmen – von den unwägbaren Folgen eines solchen Vorgehens ganz abgesehen.

Der Präsident traf am 22. Januar erstmals mit den Oppositionsführern zusammen; am 25. Januar bot er plötzlich Jacenjuk das Amt des Ministerpräsidenten und Klyčko den Posten eines Vizeministerpräsidenten an. Die Opposition lehnte das Angebot nach kurzer Bedenkzeit aus guten Gründen ab. Denn nach der geltenden Verfassung kann der Präsident den Regierungschef jederzeit entlassen. Der Eintritt der Opposition in die Regierung kam also nur in Kombination mit dem Rücktritt des Präsidenten und/oder einer neuen Verfassung oder eines neuen Verfassungsvertrages in Frage, wollte die Opposition nicht zum Opfer der Intrigen des Janukovyč-Clans werden. Janukovyč machte eine weitere Konzession und entließ am 28. Januar den bei der Opposition verhassten Ministerpräsidenten Azarov. Die Regierung blieb allerdings geschäftsführend im Amt.

Unter dem Eindruck der ungeheuren Empörung im In- und Ausland über die „Diktatur“-Gesetze und wegen des rasch fortschreitenden Machtverlustes des Regimes in Teilen der Ukraine hob das Parlament am 28. Januar die „Diktatur“-Gesetze vom 16. Januar wieder auf – auch diesmal ohne Aussprache und als Paket. Außerdem beschloss das Parlament gegen den Widerstand der Opposition am 29. Januar ein sogenanntes Amnestie-Gesetz. Es sah die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Demonstrationen Verhafteten vor. Im Gegenzug sollten die Demonstranten öffentliche Gebäude und Straßen räumen.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> 10 oblasnyh deržadministracij z Kijevom zahopleni mitynguval'nykamy, in: Ukrajins'ka pravda, 27.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/27/7011426/>; eine Übersichtskarte in: FAZ, 27.1.2014.

<sup>29</sup> Jan-Matti Dollbaum: Chronik, in: Ukraine-Analysen, 126/2014, S. 33.

<sup>30</sup> Rada progolosovala amnistiju za scenarijem vłady, in: Ukrajins'ka pravda, 29.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/29/7011961/>.

Die Opposition hatte gefordert, alle verhafteten Demonstranten ohne Bedingungen freizulassen, und sprach von zahlreichen Regelverstößen bei der Abstimmung im Parlament. Insbesondere fand die notorische Praxis wieder Anwendung, dass Stimmkarten von Abgeordneten eingesetzt wurden, die gar nicht anwesend waren. Die Opposition machte deutlich, dass sie das Gesetz für unrechtmäßig hielt.<sup>31</sup> Diese Vorgänge lassen das Prinzip der Politik von Janukovyč deutlich erkennen: Auch im Nachgeben verfolgt er das Ziel, den Status quo ante wiederherzustellen, denn das eigentliche Ziel lautet Machterhalt für den Präsidenten und seinen Clan, worauf sich die revolutionäre Protestbewegung nicht einlassen kann.

Das Übergreifen des revolutionären Protestes auf zahlreiche Gebiete bedeutete allerdings nicht, dass die revolutionäre Protestbewegung in der westlichen und der Zentralukraine überall zuverlässige und konsolidierte eigene Strukturen errichten konnte. Dies hing auch mit der eigentümlichen Ambivalenz der Revolution zusammen, die dem System Janukovyč einerseits die Legitimität absprach, andererseits aber sogar Zusammenarbeit mit ihm suchte – im wohlverstandenen Interesse an einer friedlichen Beilegung der Staatskrise.

Parallelinstitutionen aufzubauen, die der Euro-Majdan deklarierte, oder die bestehenden Institutionen im Sinn der Anti-Korruptions-Revolution umzubauen, ist ein schwieriger und langwieriger Prozess, etwa im Bereich der Finanzverwaltung oder der Justiz. Am erfolgreichsten war die Schaffung eigener Strukturen im Bereich der Sicherheit. Der Schutz der Euro-Majdan-Demonstrationen durch eigene Sicherheitskräfte war nach den Erfahrungen der zurückliegenden Monate unmittelbar einleuchtend, denn die Polizei stand der Protestbewegung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, feindlich gegenüber. Der Rat für Selbstverteidigung des Majdan beschloss Anfang Februar, eine gesamtukrainische Sicherheitsstruktur für das Land aufzubauen. Anvisiert waren Einsatzkräfte im Umfang von 30 000 bis 40 000 Männern und Frauen. Anfang Februar waren 12 000 Männer und Frauen in den Selbstverteidigungseinheiten organisiert.<sup>32</sup>

## Anti-Majdan

Euro-Majdan-Demonstrationen gab es auch im Osten und Süden der Ukraine, wenn auch in deutlich geringerem Umfang und nicht als permanente und stationäre Protestbewegung. In den Großstädten am Dnipro (Dnipropetrovs'k, Zaporizžja, Čerkasy) kamen zeitweise Tausende zum Majdan, im „fernen“ Osten (Donec'k, Luhans'k) und auf der Krim waren es deutlich weniger. Auf der Krim solidarisierte sich ein Teil der Krimtataren mit dem Majdan.

Der Osten und Süden sind die politische Basis des Janukovyč-Regimes. Von hier ging die Gegenmobilisierung aus. Ähnlich wie während der Orangen Revolution organisierte die *Partei der Regionen* auch jetzt in Kiew und in ihren Hochburgen Demonstrationen

<sup>31</sup> Opozicija: Zakonoprojekt „pro zaručnykiv“ uhvalyly za dopomogoju šantažu, in: Ukrajins'ka pravda, 30.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/30/7012106/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/30/7012106/)>.

Zakon Pro usunennja negatyvnyh naslidkiv ta nedopuščennja peresliduvannja ta pokarannja osib z pryvodu podij, jaki maly misce pid čas provedennja myrnyh zibran', in: Ukrajins'ka pravda, 30.1.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/01/30/7011991/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/01/30/7011991/)>.

<sup>32</sup> Samooborona Majdanu stvorjuje „jedynu revolucijnu armiju“ po vsij Ukrajinu, in: Radio Svoboda, 7.2.2014, <[www.radiosvoboda.org/content/article/25256442.html](http://www.radiosvoboda.org/content/article/25256442.html)>.

zur Unterstützung des Regimes. Am 14. Dezember versammelten sich 50 000 Menschen zum Anti-Majdan in Kiew. Es sprachen Ministerpräsident Azarov und andere Granden aus der Umgebung des Präsidenten, der selbst niemals öffentlich vor seinen Anhängern auftrat.<sup>33</sup> Der Anti-Majdan war eine Veranstaltung der staatlichen Organe, welche die Logistik zur Verfügung stellten und Demonstranten bezahlten. Zu den Anti-Maidan-Kundgebungen im Osten und Süden kamen nicht annähernd so viele Menschen wie zum Euro-Majdan im Westen und in der Zentralukraine, obwohl sie von den örtlichen Behörden massiv gesponsert wurde. Von einer Mobilisierung auf gleicher Augenhöhe konnte also keine Rede sein.

Dafür gibt es grundsätzliche und aktuelle Gründe. Zu den aktuellen Ursachen für die Nicht-Mobilisierbarkeit zugunsten des Regimes gehört, dass die Wähler von Janukovyč enttäuscht sind und dass sein Rating, nicht zuletzt wegen der miserablen wirtschaftlichen Entwicklung, auch im Osten massiv zurückging. Es gibt keinen Grund, für die korrupte Janukovyč-Führung auf die Straße zu gehen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Euro-Majdan in den östlichen und südlichen Gebieten populär wäre. Für die meisten Menschen hier, die noch immer von der sowjetischen Mentalität geprägt sind, ist unbegreiflich, dass man gegen die Obrigkeit, gar gegen den Präsidenten, den man gewählt hat, Front machen kann. Hinzu kommt, dass der Osten und Süden weitgehend zum Sendegebiet von Russlands Staatsfernsehen gehören. Dieses diffamiert die Majdan-Bewegung systematisch als eine vom Westen finanzierte, oktroyierte, antirussische Kampagne.

Außerdem muss eine grundsätzliche Ursache für die schwache Mobilisierbarkeit bedacht werden: Es fehlt die Vision von einer besseren Ukraine als Teil des westlichen Europa, die den Euro-Majdan motiviert. Gesamtukrainische Identität ist im Osten und Süden ohnehin schwach ausgeprägt. Größeres Gewicht hat regionale Identifikation, insbesondere im Donbas. Es gibt auch kein Zusammengehörigkeitsbewusstsein des Ostens und Südens, etwa im Gegensatz zu Kiew oder zum Westen des Landes. Das nur begrenzte gesamtukrainische Gemeinsamkeitsbewusstsein bedeutet allerdings keineswegs, dass diese Region sich als Teil Russlands wahrnimmt. Eine Ausnahme ist die Krim – die einzige Region in der Ukraine mit einer relativen ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit. Separatistische Gruppen im Osten sind zahlenmäßig klein und politisch marginal.<sup>34</sup>

Vor dem Hintergrund der nur schwachen Mobilisierbarkeit der Bevölkerung für den Anti-Majdan sah sich das politische Establishment der *Partei der Regionen* im Osten umso mehr von der Euro-Majdan-Bewegung bedroht. Als das Janukovyč-Regime im Januar die Kontrolle über die westlichen und zentralen Gebiete verlor, riefen zahlreiche Lokalpolitiker im Osten den Präsidenten auf, „den Aufstand in der Ukraine zu stoppen“; so die Gebietsadministrationen von Donec'k und Odesa sowie die Stadtverwaltung von Charkiv. „Die neuen Gesetze [vom 16. Januar], die die Bestrafung für Pogrome verschärfen, müssen angewendet werden“ gegen jene, die versuchen, „einen Staatsstreich durchzuführen und gewaltsam die Macht an sich zu reißen“, heißt es in einem

<sup>33</sup> Antimajdan sobral 50 tysjač čelovek, in: Novaja gazeta, 14.12.2014, <[www.novayagazeta.ru/news/214549.html](http://www.novayagazeta.ru/news/214549.html)>.

<sup>34</sup> Dvadcatimil'jonna provincija, in: Ukrajins'ka pravda, 6.2.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7009698/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7009698/)>.

Beschluss des Gebietsparlaments von Donec'k.<sup>35</sup> Der stellvertretende Gouverneur von Luhans'k, Eduard Lozovs'kyj, schrieb auf seiner Facebook-Seite, die Polizei hätte von Anfang an Schusswaffen gegen die Demonstranten in Kiew einsetzen müssen.<sup>36</sup> Charkiv wurde unter der Leitung des dortigen Gouverneurs Mychajlo Dobkin und des Bürgermeisters von Charkiv, Hennadij Kernes, zum Zentrum der Gegenmobilisierung des politischen Establishments der *Partei der Regionen*. Am 1. Februar wurde hier die Allukrainische Bürgerunion *Ukrainische Front* gegründet. Dazu kamen annähernd 6000 Personen in der Stadt zusammen, darunter Delegierte von 20 Gebietsorganisationen der *Partei der Regionen*, Vertreter der *Kommunistischen Partei* und Vertreter von fast 50 zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Ziel der *Ukrainischen Front* sei es, „die ukrainische Erde von jenen zu säubern, die mit Okkupationsabsichten hierher gekommen sind“, denn das Szenario sei „nicht in der Ukraine geschrieben worden“, sagte Dobkin auf der Veranstaltung und implizierte dabei, die Majdan-Bewegung sei ein Import aus dem Westen.

Als politische Lösung schlug die „Ukrainische Front“ die Föderalisierung oder Konföderalisierung der Ukraine vor, was auch maßgebliche Kreise in Politik und Öffentlichkeit Russlands nachdrücklich fordern. Die Ukraine könne als unitarischer Staat nicht bestehen, weil die Teile zu unterschiedlich seien. Sergej Glaz'ev, der für die Beziehungen zur Ukraine zuständige Berater Putins, hält die Föderalisierung der Ukraine für „eine Notwendigkeit“, denn der Süden und Osten des Landes habe eine engere Bindung an Russland als an die übrigen Teile der Ukraine.<sup>37</sup>

Allerdings brach an dieser Stelle ein schwerwiegender Konflikt in der regierenden *Partei der Regionen* aus. Sowohl die Präsidentialadministration in Kiew als auch der Gouverneur des benachbarten Donec'k, Andrij Šyšač'kyj, ein Schwergewicht im Janukovyč-Clan, wandten sich gegen eine Föderalisierung der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt. Das könne zum Ende der Unabhängigkeit des Landes führen.<sup>38</sup> Tatsächlich würde Janukovyč als Präsident bei einer Dezentralisierung viele Hebel der Macht einbüßen. Auch der Osten mit seiner nicht sanierten und subventionshungrigen Schwerindustrie könnte durch eine Wirtschafts- und Finanzautonomie der Gebiete nur verlieren.

Zur *Ukrainischen Front* gehörte auch die Organisation *Oplot* (Bollwerk) mit einigen hundert paramilitärisch ausgebildeten Jugendlichen. Evgen Žylin, der Führer von *Oplot*, erzählte in einem Interview, wie er als „Kandidat der juristischen Wissenschaften“ „seinen Kämpfern“ erkläre, wie man mit Teilnehmern nicht genehmigter Demonstrationen umgeht.

Ich sage ihnen, ihr könnt ruhig einem Angreifer die Augen ausschlagen, den Arm brechen oder das Bein. Wenn euch jemand mit einem Knüppel bedroht, könnt ihr ihn umbringen.<sup>39</sup>

<sup>35</sup> Kil'ka miscevykh administracij prosjat' Janukovyča prydušyty protesty, in: *Ukrajins'ka pravda*, 22.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010718/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010718/)>.

<sup>36</sup> Zastupnyk golovy Lugans'koj ODA dyvuet'sja, ščo milicija ne strilae mytyngariv, in: *Ukrajins'ka pravda*, 13.1.2014, <[www.pravda.com.ua/news/2014/01/13/7009445/](http://www.pravda.com.ua/news/2014/01/13/7009445/)>.

<sup>37</sup> Sergej Glaz'ev: federalizacija – uže ne ideja, a očevidnaja neobchodimost', in: *Kommersant*'' Ukraina, 6.2.2014, <[www.kommersant.ua/doc/2400532](http://www.kommersant.ua/doc/2400532)>.

<sup>38</sup> Donecki regionaly počaly vojувaty z Dobkinym ta Kernesom, in: *espresotv*, 6.2.2014, <[espreso.tv/new/2014/02/05/donecki\\_rehionaly\\_pochaly\\_voyувaty\\_z\\_dobkinym\\_ta\\_kernesom](http://espreso.tv/new/2014/02/05/donecki_rehionaly_pochaly_voyувaty_z_dobkinym_ta_kernesom)>.

<sup>39</sup> Lider charkivs'kogo „Oplotu“ Evgen Žylin: Meni ne podobajet'sja, ščo tysnut' na mogo presydena, in: *Ukrajins'ka pravda*, 6.2.2014, <[www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7012996/](http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7012996/)>.

In zahlreichen Orten im Osten und Süden begannen die Behörden damit, „Volksmilizen“ (Narodni družyny) aufzustellen, um sich gegen „zugereiste Faschisten“ „zu verteidigen“.<sup>40</sup> Damit wächst die Gefahr einer weiteren Militarisierung der Konflikte; zumal die Inhaber der Macht im Osten und Süden eben nicht die Möglichkeit haben, Menschen in großer Zahl zu friedlichen Demonstrationen zu mobilisieren.

## Eine Zwischenbilanz

Die Staatskrise ist nicht gelöst, nach wie vor sind unterschiedliche *Szenarien* für die Zukunft denkbar. Die optimistische Variante wäre ein Rücktritt von Janukovyč, vorgezogene Wahlen, eine Übergangsregierung und ein Ende der Protestdemonstrationen auf dem Majdan in Kiew und anderen Städten. Das entgegengesetzte Szenario wären ein Wiederausbruch der blutigen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt und in den Gebieten, Intervention Russlands und massenhafte Repressalien gegen die Führer und Teilnehmer der Protestbewegung.

Wie auch immer diese Staatskrise enden wird, sicher ist: *Die Zivilgesellschaft geht gestärkt aus dieser Erfahrung hervor*. Dies war der zweite Majdan nach 2004. Weitere derartige massenhafte Erhebungen sind wahrscheinlich, sollte es auch diesmal nicht gelingen, die Ukraine auf einen soliden demokratischen Weg zu führen. Die Vision von der EU-Mitgliedschaft wird bleiben, sie ist die einzige zukunftssträchtige Perspektive für das Land. Tausende Aktivisten haben über Monate dem Majdan Struktur und Organisation gegeben. Sie werden nicht einfach nach Hause gehen wie im Januar 2005 und das Land der *Partei der Regionen* und ihren korrupten Funktionären überlassen. Durch die Euro-Majdan-Bewegung ist die Zivilgesellschaft ukrainischer geworden: Die Bedeutung der ukrainischen nationalen Identität hat zugenommen. Auch durch mögliche Repressalien wird die Zivilgesellschaft nicht in dauerhafte Passivität zurückfallen.

Die revolutionäre Protestbewegung hat die *Gräben innerhalb des Landes vertieft*. Abneigung und Hass zueinander sind gewachsen. Unter den Liberalen und Demokraten gibt es die Neigung, allein ohne den Osten und Süden eine europäische Ukraine mit der Hauptstadt Kiew aufzubauen. Wie die Gräben wieder zugeschüttet werden könnten, ist bislang nicht zu erkennen, zumal seit 20 Jahren keine einzige Regierung oder Partei sich darum bemüht hat. Auch die Zivilgesellschaft hat Versöhnung und Brückenbau nicht auf ihre Fahnen geschrieben.

Durch die Majdan-Bewegung ist die *Distanz zu Russland gewachsen* – und zwar von beiden Seiten. Sollte es zu einer massiven (statt der bislang weitgehend verdeckten) Intervention Russlands kommen, wird das die Distanz weiter vergrößern. Russland hält an der Propaganda-Sprachregelung fest, die Majdan-Bewegung sei ein von den USA finanzierter Umsturzversuch.

Es mehren sich die Indizien für eine *Spaltung der regierenden Elite*. Dies war 2004 eine wichtige Voraussetzung für den Sieg der Orangen. Sollte die Fraktion der Regierungspartei im Parlament sich spalten oder ein Teil der *Partei der Regionen* in den Gebieten eigene Wege gehen, würden sich neue Perspektiven für die Lösung der Staatskrise eröffnen.

<sup>40</sup> Regionaly vymagajut' vid GPU zupynyty „VICĚ-infekciju“, in: Ukrajins'ka pravda, 10.2.2014, <[www.ppravda.com.ua/news/2014/02/10/7013302/](http://www.ppravda.com.ua/news/2014/02/10/7013302/)>.



Die dauerhafte Konsolidierung einer *autoritären Präsidualherrschaft* erscheint nach den Erfolgen der Majdan-Bewegung nicht möglich. Dies ist zwar keine Garantie für eine funktionierende Demokratie, aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

*Manuskript abgeschlossen 13.2.2014*

## Postskriptum

Nach Abschluss dieses Manuskriptes blieben dem Janukovyč-Regime nur noch wenige Tage. In einer ungeheuren Beschleunigung und Verdichtung der Ereignisse kollabierte das Regime. Janukovyč floh in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar aus Kiew und tauchte einige Tage später in Russland auf. Vorausgegangen war ein unvorstellbares Blutbad im Zentrum von Kiew, das von der Regierung als „Antiterror-Maßnahme“ bezeichnet wurde. Das Blutbad führte zur Spaltung des Machtzirkels, der den Präsidenten bisher unterstützt hatte. Die *Partei der Regionen* löste sich zum Teil auf. Fast alle Gouverneure als Stützen der Janukovyč-Regimes in den Gebieten traten zurück. In Kiew zog das Parlament die Macht an sich, setzte einen Übergangspräsidenten ein und schrieb Neuwahlen aus.

Der Majdan hat gesiegt. Bis zuletzt war der Janukovyč-Führung kein anderes Instrument als Gewalt gegen den Volksaufstand eingefallen. Damit scheiterte sie aus zwei Gründen: Erstens bewaffnete sich die Protestbewegung und setzte auch Schusswaffen gegen die Polizei ein. Zweitens führten das Blutbad in der Hauptstadt und drohendes weiteres Blutvergießen durch den Einsatz von Armeeeinheiten zur Abkehr fast aller Unterstützer von Janukovyč.



*Gemeinsame Werte: Putin und der Patriarch. Moskau, 26.7.2013*



*Zu Gast in Moskau: Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Duma, Aleksej Puškov, empfängt im Juni 2013 Marine le Pen und zwei weitere Politiker des Front National*